



Anker für Kenia

Die Koalitionsparteien tun sich schwer mit Schwarz-Rot-Grün in Magdeburg. **Seite 5**

Grafik: 123rf/armvector

Rot-Rot vorm Bankentower

Im hessischen Niddatal bei Frankfurt am Main regiert ein neues Bündnis. **Seite 13**

Opa rettet das Klima

US-Außenminister brachte zur Vertragsfeier Enkelin mit. **Seite 9**

Foto: AFP/Spencer Platt

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 25. April 2016

71. Jahrgang/Nr. 96

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ein erwartbares Blaues Wunder

Katja Herzberg zum Erfolg der FPÖ bei der Bundespräsidentenwahl

Der gefürchtete klare Sieger der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl in Österreich ist die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ). Der Blaue Norbert Hofer konnte sich klar durchsetzen – das Kopf-an-Kopf-Rennen blieb aus. Der Sieg der FPÖ kommt angesichts der Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr nicht aus dem Nichts. Doch so klar haben die bisherigen Volksparteien SPÖ und ÖVP noch nie gegen die Blauen verloren. Das zeigt, dass sie kein Mittel gefunden haben, gegen die nationalistische Politik anzukommen – und das liegt vor allem daran, dass sie es gar nicht erst versucht haben.

Die Taktik, sich von der FPÖ beim aktuell bedeutendsten Thema, dem Umgang mit Flüchtlingen und Migranten, vor sich herreiben zu lassen, ging nicht auf. Die Einführung von Obergrenzen, die Einschränkung des Asylrechts, die drohende Grenzschließung am Brenner – diese Maßnahmen dienen einzig dem Schutz der eigenen Macht statt der Zukunft der Alpenrepublik. Viele Wähler entschieden sich lieber für das Original der Fremdenfeinde und Abschottungs fetischisten oder wollten mit ihrem Kreuz für Hofer den Arrivierten einen Denkkzettel verpassen.

Das Ergebnis der ersten Wahlrunde stellt einen Rechtsruck in Österreich dar, doch er kann noch gestoppt werden. Dafür müssten sich ÖVP und SPÖ nun zumindest voll einsetzen. Und so versuchen, ein wenig ihrer verlorenen Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Kampf um die TTIP-Hoheit

Obama wirbt für Freihandel, 90 000 protestieren in Hannover

Hannover. In vielen Facetten hat US-Präsident Barack Obama sein »Yes, we can« in den vergangenen Jahren gespiegelt bekommen. Zu seinem wohl letzten Staatsbesuch in Deutschland nutzten TTIP-Gegner den einstigen Wahlkampfversprechen für die Forderung nach einem Stop der TTIP-Verhandlungen. Rund 90 000 Menschen demonstrierten am Samstag in Hannover gegen das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa und für einen gerechten Welthandel. Zu sehen bekam das Staatsoberhaupt jedoch – wenn überhaupt – nur die rund 200 Demonstranten, die auch bei seiner Ankunft am Sonntag auf der Straße waren.

An diesem Montag eröffnet Obama gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Hannovermesse, deren Gastland in diesem Jahr die USA sind. Beide warben am Sonntag für TTIP und sprachen sich im Vorfeld für einen schnellen Abschluss der Verhandlungen aus. »Wir sollten uns sputen«, sagte die Bundeskanzlerin in Hannover nach ihrem Gespräch mit dem US-Präsidenten. Merkel betonte, sie glaube, dass das Freihandelsabkommen aus europäischer Perspektive »absolut hilfreich ist, um die Wirtschaft in Europa besser wachsen zu lassen. Das ist für die deutsche Wirtschaft und die gesamte europäische Wirtschaft gut.« Angesichts der »weit fortgeschrittenen Verhandlungen beim transpazifischen Handelsabkommen« sei Eile geboten. Der geplante Handelspakt sei »einer der besten Wege, das Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen«, beschwor auch Obama die Bedeutung der Verhandlungen. Er hoffe, dass die Verhandlungen bis zum Ende seiner Amtszeit im Januar abgeschlossen sind. Die 13. Verhandlungsrunde beginnt am Montag in New York.

Nach der Eröffnung der Hannovermesse ist für Montag ein Treffen des US-Präsidenten und der Kanzlerin mit dem britischen Premier David Cameron, Frankreichs Staatschef François Hollande und dem italienischen Regierungschef Matteo Renzi geplant. Themen sind die Terrorbekämpfung, der Krieg in Syrien und die Ukraine-Krise. *had* Seite 3



Foto: AFP/John Macdougall

Österreich rutscht weiter nach rechts

FPÖ bei Präsidentenwahl klar vorn / ÖVP und SPÖ nicht in der Stichwahl

Wien. Die Rechtspopulisten der FPÖ haben in Österreich bei der Wahl zum Bundespräsidenten einen spektakulären Erfolg erzielt. FPÖ-Kandidat Norbert Hofer bekam am Sonntag nach einer Hochrechnung des Meinungsforschungsinstitutes »ARGE Wahlen« im ersten Durchgang 37,3 Prozent der Stimmen und lag damit weit vor den anderen fünf Kandidaten. Es ist das bisher beste Ergebnis der FPÖ auf Bundesebene. Da der 45-Jährige die 50-Prozent-Hürde verfehlte, kommt es allerdings am 22. Mai zu einer Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten. Um den Einzug in die Stichwahl mussten nach Schließung der Wahllokale zunächst der ehemalige Grünen-Chef Alexander Van der Bellen (72) und die unabhängige Kandidatin Irngard Griss (69) zittern, die nach der Hochrechnung bei jeweils etwa 18 Prozent lagen.

Ein Debakel wurde die Wahl für die Bewerber der rot-schwarzen Regierung. Rudolf Hundstorfer (SPÖ) und Andreas Kohl (ÖVP) kamen auf jeweils nur rund zwölf Prozent. Damit steht fest, dass der nächste Bundespräsident erstmals nicht aus dem Lager der sozialdemokratischen SPÖ oder konservativen ÖVP kommt. Den Bauunternehmer Richard Lugner wählten etwa 2,5 Prozent. In der Hochrechnung der Wahlen sind die Briefwahlstimmen einkalkuliert. Die Hochrechnung beruhte auf 52,3 Prozent der Stimmen.

Die FPÖ hatte unter dem europakritischen Slogan »Österreich zuerst« Stimmung in der Flüchtlingsfrage gemacht. Die einst von Jörg Haider dominierte FPÖ wurde aber nach ersten Analysen darüber hinaus zu einem Sammelbecken der Protestwähler ganz generell. »Es war eine Anti-System-Wahl. Die Menschen sind unzufrieden, wie die Demokratie gestaltet wird«, sagt der Politikberater Thomas Hofer. Der FPÖ-Kandidat, ein gelernter Flugzeugtechniker, hatte sich zunächst für zu jung für eine Kandidatur gehalten. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache überredete den bisher eher unbekanntenen Hofer aber dann doch. Am Sonntag waren 6,4 Millionen Österreicher ab 16 Jahren zur Wahl aufgerufen. *dpa/nd*

UNTEN LINKS

Nun könnte man, wenn man unbedingt wollte, hier ausgewählte **Beleidigungen** aneinanderreihen und an so fragwürdige Zeitgenossen wie Putin oder Erdogan adressieren. Oder man könnte hochgradig Entlarvendes über die verschrobene religiösen Fundamentalisten schreiben. Man könnte aber auch kübelweise Hämme und Spott über Merkel, Obama bzw. diesem einen nervtötenden Arbeitgeberverbandslobbyistentrottelt ausschütten, der ausschaut wie der fleischgewordene Mundgeruch. Oder man könnte einmal tüchtig der SPD die Meinung geigen, solange es sie noch gibt. Dann aber wiederum denkt man: Wieso nur diese Bausparvertragsgesichter und Politgockel? Müsste man eigentlich nicht mal so einem wie diesem sozialfaschistischen Fernsehshowschwafelkopf, der sich von allen einen »Philosophen« nennen lässt, ohne dass bisher deswegen jemand laut aufgeschrien hätte, ordentlich links und rechts...? All das tun wir aber hier nicht. Denn wir haben heute keine Lust. *tbl*

ISSN 0323-3375



4 198662 501709

Militante Nazis unter Behördenaufsicht?

Die Polizei soll einen verdeckten Ermittler im Umfeld der Freitaler Rechtsterroristen gehabt haben

Hätte der Nazi-Angriff in Leipzig-Connewitz im Januar verhindert werden können? Es gibt einen Bericht über einen verdeckten Ermittler im Umfeld der Neonazis.

Berlin. Nach der Verhaftung von fünf mutmaßlichen Rechtsterroristen im sächsischen Freital rückt eine Frage immer mehr in das Zentrum: Wusste die Polizei über die Planungen der Neonazis Bescheid? Einem »Spiegel«-Bericht zufolge soll die Polizei im Umfeld der mutmaßlichen rechten Terrorvereinigung einen Beamten positioniert haben. »Aus Sicherheitsbehörden heißt es dazu, es habe keinen verdeckten Ermittler in der Gruppe gegeben«, schreibt das Magazin allerdings weiter. Linkspartei und Grüne im sächsischen Landtag verlangen dennoch umgehende Aufklärung. Wenn sich bewahrheitete, was der »Spiegel« berichtet, sei das Wort Skandal noch untertrieben, sagte die Linkspartei-Abgeordnete Kerstin Köditz.

Im Umfeld der rechtsterroristischen »Gruppe Freital«, die Flüchtlingsunterkünfte, Linke sowie alternative Wohnprojekte angegriffen haben soll, könnte also »ein Polizei-Spitzel aktiv gewesen

sein, der sich selbst an Aktionen beteiligt und frühzeitig ausgesagt habe«, so Köditz. »Zudem sollen Hinweise auf einen geplanten Anschlag vorab bei einer Telefonüberwachung mitgeschnitten worden sein. Verhindert wurde die Gewalttat nicht.« Der Vorgang könne »den Rechtsstaat auf den Kopf stellen und muss daher unverzüglich und vollständig aufge-

»Der Vorgang könnte den Rechtsstaat auf den Kopf stellen und muss daher unverzüglich und vollständig aufgeklärt werden.«

Kerstin Köditz (LINKE)

klärt werden«, verlangte die Politikerin. Man habe deshalb eine Sondersitzung des Verfassungs- und Rechtsausschusses für kommende Woche beantragt.

Köditz will unter anderem klären lassen, »warum die Ermittlungen erst so spät an den Generalbundesanwalt abgegeben wurden«. Sie hoffe, »dass wir es am Ende nicht mit dem bereits im

NSU-Komplex berichtigten »Quellenschutz« zu tun haben«. Zudem schlossen sich weitere Fragen an: »Hätten auch Vorfälle wie der Neonazi-Angriff im Stadtteil Leipzig-Connewitz im Januar verhindert werden können?«, so Köditz.

Der Grünen-Abgeordnete Valentin Lippmann erklärte, »sollten die Recherchen des »Spiegel« stimmen, offenbart sich bei den Ermittlungen gegen die Freitaler Neonazis ein erneutes Fanal des Versagens sächsischer Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Rechtsterrorismus.« Den bisher vorliegenden Informationen zufolge »hätte sowohl der Anschlag auf das alternative Wohnprojekt am 18. Oktober 2015 als auch auf die Wohnung von Asylbewerbern in Freital am 1. November 2015 verhindert werden können«, sagte der Grünen-Politiker. Es sei »vollkommen unverständlich«, dass die sächsische Staatsanwaltschaft »vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse offensichtlich weder Ermittlungen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung noch wegen versuchten Mordes geführt hat«.

Lippmann weiter: »Ich kann nur hoffen, dass sich die Vermutung hinsichtlich der Beteiligung eines verdeckten Ermittlers der Polizei

an den schweren Straftaten als unwahr herausstellt. Andernfalls wäre dies ein Supergau – für den Rechtsstaat und für Sachsen. Um diesen ungeheuerlichen Verdacht auszuräumen«, sollen nun Polizei und Staatsanwaltschaft »sofort sämtliche Karten auf den Tisch legen«.

Mehrere Schritte weiter sind die Behörden im Fall der vier mutmaßlichen Mitglieder der Nazi-Terrorgruppe »Oldschool Society«. Diese müssen sich von Mittwoch an vor dem Staatschutzsenat des Oberlandesgerichts München verantworten. Die Bundesanwaltschaft wirft drei Männern und einer Frau die Bildung einer terroristischen Vereinigung und Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf ein Flüchtlingsheim in Sachsen vor. Neben dem selbst ernannten Anführer Andreas H. aus Augsburg sitzen Markus W. und Denise Vanessa G. aus Sachsen sowie Olaf G. aus Bochum auf der Anklagebank.

Am 6. Mai 2015 hatten in Bayern, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern 250 Beamte Wohnungen durchsucht und die vier Beschuldigten festgenommen. *nd/Agenturen*

Türkei geht gegen Journalistin vor

Niederländerin festgesetzt / Premier: Sind Teil der europäischen Familie

Den Haag. Eine niederländische Journalistin ist am Wochenende zeitweilig in der Türkei festgehalten worden. Ebru Umar sei am Samstag offenbar wegen kritischer Äußerungen über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan festgenommen worden, berichtete ihre Zeitung »Metro«. Die Journalistin, die auch die türkische Staatsbürgerschaft besitzt, sei am Sonntag wieder freigekommen. In den vergangenen Wochen hatte die Türkei bereits einem ARD-Journalisten die Einreise verweigert und die Akkreditierung eines Spiegel-Korrespondenten nicht verlängert. Die »Bild«-Zeitung meldete am Sonntag, dass auch einer ihrer Fotoreporter gestoppt worden sei.

Der Umgang Ankaras mit der Pressefreiheit war Thema beim Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Gaziantep. Es werde immer wieder die Sorge geäußert, die EU sei in »eine bestimmte Abhängigkeit von der Türkei geraten« und über Punkte wie Pressefreiheit werde nicht mehr geredet, räumte Merkel auf einer Pressekonferenz am Samstagabend ein. »Ich darf Ihnen versichern: Die Tatsache allein, dass wir so oft miteinander sprechen, sehr viel öfter als früher, führt dazu, dass wir natürlich alle diese Themen ansprechen«, sagte sie. Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu sagte dazu: »Wir können über alles sprechen.« Es sei jedoch nicht akzeptabel, wenn die Türkei dabei von oben und von außen betrachtet werde. Sie sei Teil der europäischen Familie. *Agenturen/nd* Seiten 4 und 7